

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

Landtagswahlen Sachsen-Anhalt: 6. Juni 2021

In Deutschland sortieren sich 21% selbst im bisexuellen Spektrum ein (bei jungen Menschen sogar 39%):

<http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>.

Bisexuelle sind also eine ernstzunehmende Wähler_innenschaft.

Bitte antworten Sie daher
bis zum 26.05.2021.

Wenn nicht überall eine Antwort möglich ist, nehmen wir auch nur einen Teil an.

Vielen Dank für Ihre Mühe und viel Erfolg bei der Wahl!

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Frage 1:

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere

(http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein

Coming-out deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>).

In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag bislang niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema,
https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown,
https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen,
https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).

Niemand muss sich outen, aber es ist wertvoll, wenn Politiker*innen das tun.

Auch **Teenager**, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%,
<http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

- **Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen) und von jungen Menschen?**
- **Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt? Wer?**

Wir werden uns immer dafür einsetzen, die gesellschaftliche Gleichstellung und Akzeptanz von LSBTTI-Menschen zu erhöhen. Die Förderung von Akzeptanz ist ein wesentlicher Baustein dafür, dass sich Menschen ohne Angst vor Benachteiligungen, Nicht-Akzeptanz, Ausschlüssen oder vorurteilsmotivierter Gewalt offen zu ihrer sexuellen Orientierung bekennen können.

Wir lehnen es ab, Menschen nach ihrer sexuellen Identität oder Neigung zu erfassen. Daher ist es für uns völlig irrelevant, ob ein Politiker oder eine Politikerin bisexuell ist oder sich als bisexuell geoutet hat.

Frage 2:

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr **Aufklärung** über Bisexualität **in der Schule** (vgl.

http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf).

Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang fast komplett verschwiegen.

In Sachsen-Anhalt gibt es seit 2016 den „Gesamtgesellschaftlichen Aktionsplans für Akzeptanz von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) und gegen Homo- und Transphobie in Sachsen-Anhalt“

(https://www.lsvd.de/media/doc/424/sachsen_anhalt_2016_aktionsprogramm_fuer_die_akzeptanz_von_lsbtti.pdf).

Bisexuelle werden genannt, Bisexuellenfeindlichkeit und spezielle Diskriminierungen und Bedürfnisse Bisexueller dagegen nicht.

- **Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?**

Grundsätzlich ist dies eine Aufgabe des Sexualkundeunterrichts in der jeweiligen Schule und Klassenstufe. Das Thema kann aber auch umfassender und weiterführender im Biologieunterricht der höheren Klassen in einem weiteren Kontext behandelt werden. Es darf an dieser Stelle aber auch festgehalten werden, dass damit nicht dem Mehrheitsempfinden der Schülerschaft entsprochen werden muss. Bisexualität ist grundsätzlich eine Ausnahme und bedarf daher allenfalls einer Aufklärung, um Mobbing oder Ausgrenzungen von Betroffenen zu vermeiden.

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

Frage 3:

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „**Besorgte Eltern**“, die sich gegen Sexuaufklärung aussprechen

(<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexuaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tor für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Auch in der Politik äußern sich **Politiker_innen LSBTI*-feindlich**

- <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/quenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>,
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

Gewalt ist immer zu verachten, aber **Hasskriminalität** ist eine besonders zu verachtende Straftat.

- <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>

→ **Wie wollen Sie konkret auf menschenrechtsfeindliche Äußerungen und Gruppierungen reagieren?
Und wie schützen Sie Bisexuelle vor Hassgewalt?**

Wir werden uns immer dafür einsetzen, die gesellschaftliche Gleichstellung und Akzeptanz von LSBTTI zu erhöhen. Die Förderung von Akzeptanz ist ein wesentlicher Baustein dafür, Menschen vor Benachteiligungen, Nicht-Akzeptanz, Ausschlüssen, vorurteilsmotivierter Gewalt oder Hasskriminalität aufgrund ihrer sexuellen Orientierung zu schützen. Darüber hinaus wurde durch das auf Bundesebene beschlossene Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität ein sehr wichtiger Beitrag zum Schutz Betroffener vor Hassgewalt geleistet.

Frage 4:

Mangelnde **Sichtbarkeit** ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema (http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ eine **Initiative zu sexueller Sichtbarkeit**:

https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html, https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720.

Dieses Jahr ist ein Bi+Pride in Hamburg mit Bi-Flaggen-Hissungen, Workshop und Demonstration für sexuelle Sichtbarkeit geplant (www.bipride.de).

In Australien hat eine Senatorin eine **Rede zum Tag der Sexualität** (23.9.) gehalten (<https://www.bicommunitynews.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>), aber auch im Hamburger Rathaus gab es schon Veranstaltungen zum Thema Sexualität (<https://www.facebook.com/BiFriendsHH/posts/480295929021789>).

2020 war das Jubiläum „50 Jahre CSD weltweit“ (1969 war Stonewall, aber 1970 der erste CSD), und der erste CSD wurde von der „Mother Of Pride“ Brenda Howard, einer sexuellen Aktivistin, organisiert (https://en.wikipedia.org/wiki/Brenda_Howard).

➔ **Welche vergleichbare Aktionen (Bi-Flaggen-Hissung, Rede im Landtag usw.) können Sie sich für Sachsen-Anhalt vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?**

Die CDU Sachsen-Anhalt wird sich dafür einsetzen, den kontinuierlichen Fachaustausch, z. B. mit dem Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisch in Sachsen-Anhalt (LSpRT) sowie weiteren Akteuren und -innen, die sich für lesbische, schwule, sexuelle, transgender, transsexuelle und intergeschlechtliche Menschen in Sachsen-Anhalt engagieren, zukünftig bei der Umsetzung und Fortschreibung des Aktionsprogramms für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Sexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTTI) in Sachsen-Anhalt weiterzuführen.

Frage 5:

Die **Forschung** hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.

- https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html

Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

➔ **Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?**

Der Forschungsbereich zum Thema Bisexualität hat sich in den zurückliegenden Jahren deutschlandweit weiterentwickelt. Wenn auch nicht mit der Dynamik anderer Forschungsthemen. Es obliegt zunächst der Autonomie der Hochschulen, Lehrstühle, Professuren oder die wissenschaftliche Forschung voranzutreiben. Das Thema Bisexualität ist inzwischen in der Gesellschaft angekommen. Wir sind daher fest davon überzeugt, dass sich auch Forschung und Lehre dieses Themas in den kommenden Jahren verstärkt annehmen werden.

Frage 6:

Beim **Blutspenden** werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex-Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter (https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824). Gerade in Corona-Zeiten sind Blutspenden rar.

Das **Transsexuellengesetz** betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

Erkämpfte LSBTI*-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im **Grundgesetz, Artikel 3** (<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3-grundgesetz.html>). Und obwohl sich alle Expert*innen dafür aussprechen (<https://www.bundestag.de/presse/hib/682392-682392>), die Initiative „Grundgesetz für alle“ von sehr vielen Organisationen und Prominenten unterstützt wird (<https://grundgesetz-fuer-alle.de/>), plant die Bundesregierung aktuell keine Erweiterung (https://www.queer.de/detail.php?article_id=37762).

Die **Anerkennung der gemeinsamen Elternschaft von gleichgeschlechtliche Paaren** fehlt in Deutschland nach wie vor

(<https://www.focus.de/regional/niedersachsen/etappensieg-fuer-gleichberechtigung->

[zwei-muetter-in-geburtsurkunde-lesbisches-paar-wird-fall-fuer-bundesverfassungsgericht_id_13129494.html](https://www.bundesverfassungsgericht.de/Pressemitteilungen/bvfg13129494.html)).

Die lange kritisierten **geschlechtsangleichenden Operationen an intergeschlechtlichen Kindern** werden nun verboten, allerdings gibt es hier noch unnötige Ausnahmen (<https://www.sueddeutsche.de/panorama/kinder-intergeschlechtlich-gesetz-1.5287608>).

Die sogenannten „**Konversionstherapien**“ sind mittlerweile verboten, aber auch hier gibt es Schlupflöcher für Eltern, die dies doch unbedingt durchsetzen wollen (<https://www.lsvd.de/de/ct/914-Umpolungstherapien-wollen-Homosexualitaet-und-Transgeschlechtlichkeit-quot-heilen-quot>).

- ➔ **Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die politischen Entscheidungsträger*innen in Bundestag und Bundesrat vermehrt auf den Rat von Expert*innen hören, so dass Menschenrechte auch ohne Mahnungen des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden?**
- **Verbesserung der Blutspenderegulungen,**
 - **Trans*-Rechte,**
 - **Schutz im Grundgesetz,**
 - **Anerkennung von zwei Müttern,**
 - **Schutz von Inter*-Kindern,**
 - **Verbot von Konversionstherapien**

Die CDU Sachsen-Anhalt wird sich in allen Bereichen für einen kontinuierlichen Fachaustausch, z. B. mit dem Lesben- und Schwulenpolitischen Runden Tisch in Sachsen-Anhalt (LSpRT) sowie weiteren Akteuren und -innen, die sich für lesbische, schwule, bisexuelle, transgender, transsexuelle und intergeschlechtliche Menschen in Sachsen-Anhalt engagieren, einsetzen.

Vielen Dank!

Was möchten Sie noch ergänzen?

Wir geben Ihnen das Versprechen, uns weiterhin aktiv für die Wertschätzung und Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgendern, Transsexuellen und intergeschlechtlichen Menschen einzusetzen und für Ihre Anliegen eintreten.